

GASTKOMMENTAR

## Wir brauchen eine interessengeleitete Außenwirtschaftspolitik

von: Stefan Liebing

Datum: 26.08.2018 16:39 Uhr

Die Außenwirtschaft wird immer politischer. Die Bundesregierung muss darauf reagieren und deutsche Unternehmen im Ausland stärker begleiten.



Außenhandel

Mit internationalen Partnerländern hat sich Deutschland in vielen Verträgen auf Regeln verständigt, die freien Wettbewerb sicherstellen sollen. Doch werden diese Abkommen immer brüchiger.

(Foto: dpa)

Wenn die Chefs der deutschen Botschaften am Dienstag in Berlin mit Wirtschaftsvertretern zusammenkommen, steht das Thema „Zwischen Protektionismus und Staatskapitalismus – Herausforderungen für die regelbasierte Handelsordnung“ im Mittelpunkt.

In der Tat drohen die deutschen Auslandsengagements zwischen politischen Interessen zerrieben zu werden: Iran- und Russlandsanktionen, Wettbewerb mit chinesischen Staatsunternehmen und neue bilaterale Partnerschaften sind einige Beispiele dafür.

Mit internationalen Partnerländern hat sich Deutschland im Rahmen von OECD, WTO und in vielen Verträgen auf Regeln verständigt, die freien Wettbewerb sicherstellen sollen.

Nun scheinen immer mehr Märkte aus diesem Konsens auszuscheren, ein „neuer Bilateralismus“

hält Einzug: Handelsregeln, die nur zwischen zwei Partnern gelten und die oft verknüpft sind mit politischen Interessen – besser: Streitpunkten.

Wenn Außenwirtschaft immer politischer wird, wenn „Deals“ und Paketlösungen die internationalen Vertragswerke ersetzen, wie muss die Bundesregierung darauf reagieren? Es wird kaum ausreichen, weiterhin zu predigen, dass fairer internationaler Wettbewerb für alle langfristig die beste Lösung ist.



Stefan Liebing

Stefan Liebing ist Vorsitzender des Afrika-Vereins der deutschen Wirtschaft.

(Foto: dpa)

Lediglich auf Werte zu pochen, wenn niemand zuhört, könnte sich als gefährlich erweisen. Bisher ist Deutschland gut damit gefahren, einen eigenen Weg zwischen den Extremen eines Wettbewerbs ohne Regeln und staatlicher Lenkungswirtschaft zu gehen.

Das Erfolgsmodell der „Sozialen Marktwirtschaft“ beruht darauf, dass das freie Spiel der Marktkräfte eine Basis für effizientes wirtschaftliches Handeln ist, an einigen Stellen aber lenkende Eingriffe notwendig sind, um sozialen Frieden zu gewährleisten und die Wettbewerbsordnung zu schützen.

Analog dazu wird Deutschland nicht umhinkommen, einen dritten Weg zu definieren, eine Art „interessengeleiteter und wertebasierter Außenwirtschaftspolitik“: Multilaterale Regelwerke, die möglichst freien Handel sicherstellen, sind eine gute Basis. Wo das nicht reicht, müssen wir Unternehmen weitaus „politischer“ im Ausland begleiten als bisher. Konkret ließe sich das in drei Bereichen kurzfristig umsetzen:

Erstens: Außenwirtschaftsförderung darf sich nicht darauf beschränken, Beratungsangebote zu machen oder Delegationsreisen zu begleiten. Unternehmen und die Regierung müssen gemeinsam auftreten und Paketlösungen der „Deutschland AG“ entwickeln.

Ein Pilotprojekt könnte die Lösung von Energieproblemen in Entwicklungs- und Schwellenländern betreffen: Technische Lösungen kommen von Projektentwicklern, Anlagenbauer liefern Produkte und Wartung, private Banken strukturieren die Finanzierung, und die Bundesregierung liefert die notwendigen Garantien, Ausbildungseinrichtungen sowie Unterstützung bei der Erstellung der Umweltstudien.

Zweitens: Wenn das internationale Engagement für deutsche Mittelständler risikoreicher wird, benötigen wir staatliche Instrumente der Risikoabsicherung und Finanzierung. Keine Subventionen, sondern Garantien für den Worst Case: Der Bund könnte gegen Gebühr eine Versicherung anbieten, die einen Teil der Verluste abdeckt, die mittelständischen Unternehmen entstehen, wenn angebahnte Vorhaben nicht umgesetzt werden können.

Ein öffentlich unterstützter Fonds könnte sich an der Entwicklung von Infrastrukturprojekten in Entwicklungsländern beteiligen und so das Risiko für Anlagenbauer oder Immobilienentwickler begrenzen.

Drittens: Besonders offensichtlich wird die nötige Verknüpfung von politischen Interessen und wirtschaftlichem Engagement in der Migrations- und Entwicklungspolitik.

Dort, wo Investitionen in Entwicklungsländern politisch gewünscht sind, muss es künftig möglich sein,



US-HANDELSKRIEG

**„Dieser Handelskrieg zerstört  
Wirtschaftswachstum“ –  
Altmaier kritisiert Trumps  
Wirtschaftspolitik**

öffentliche Entwicklungsgelder zur Absicherung privater Investitionen einzusetzen. Die Regierungen der Niederlande, Dänemarks, Norwegens und Frankreichs tun das bereits erfolgreich.

Wenn Regierung und Unternehmen gemeinsam Werte demonstrieren, dass man so geschäftlich erfolgreich sein kann, ist das womöglich eine bessere Werbung für internationalen Freihandel wie auch für hohe Sozial- und Umweltstandards als Appelle an Staats- und Regierungschefs.

Wir müssen sowohl wertebasiert als auch interessengeleitet agieren. Unternehmen müssen

„politischer“ agieren. Und Politiker konkreter in Wirtschaftsprojekten denken. Dann entsteht ein dritter Weg der deutschen Außenhandelspolitik.

© 2018 Handelsblatt GmbH - ein Unternehmen der Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH & Co. KG

Verlags-Services für Werbung: [www.iqm.de](http://www.iqm.de) (Mediadaten) | Verlags-Services für Content: Content Sales Center | Sitemap | Archiv

Realisierung und Hosting der Finanzmarktinformationen: vwd Vereinigte Wirtschaftsdienste GmbH | Verzögerung der Kursdaten: Deutsche Börse 15 Min., Nasdaq und NYSE 20 Min.